

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

Parolenfassung 1999 der FDP führt zu parteiinternen Konflikten

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Brändli, Daniel

Bevorzugte Zitierweise

Brändli, Daniel 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parolenfassung 1999 der FDP führt zu parteiinternen Konflikten, 1999*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 18.06.2025.

Inhaltsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Grosse Parteien	1

Abkürzungsverzeichnis

NEAT Neue Eisenbahn-Alpentransversale

NLFA Nouvelle ligne ferroviaire à traverser les Alpes

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Grosse Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 11.03.1999
DANIEL BRÄNDLI

Zweimal hatte die FDP im Berichtsjahr Parolen zu eidgenössischen Abstimmungsvorlagen zu fassen, welche zu erheblichen parteiinternen Konflikten führten. An der FDP-Delegiertenversammlung vom Januar beschloss die Partei die **Nein-Parole zur Hauseigentümer-Initiative**. Mit 101 zu 85 Stimmen wurde die Parteileitung knapp auf ihrem Kurs, der Sanierung der Bundesfinanzen Priorität einzuräumen, unterstützt. Nationalrat Toni Dettling (SZ), Präsident des Schweizerischen Hauseigentümerversandes, hatte vergeblich die Wohneigentumsförderung als «freisinniges Ulanliegen» beschworen. Parteipräsident Franz Steinegger und Bundesrat Kaspar Villiger setzten sich für einen Systemwechsel in der Eigentumsbesteuerung ein. Die Besteuerung des Eigenmietwertes sollte demnach fallen gelassen werden. Gleichzeitig würde der Schuldzinsabzug bei der Steuerbemessung überfällig. Die Unterhaltskosten könnten nach ihrem Vorschlag weiterhin von den Steuern in Abzug gebracht werden. Das Hauptargument Franz Steineggers und Kaspar Villigers waren jedoch die enormen Kosten, die mit der Annahme der Initiative verbunden wären; ausserdem würden die Erleichterungen hauptsächlich denjenigen zugute kommen, die bereits über Wohneigentum verfügten.¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 11.06.1999
DANIEL BRÄNDLI

Mit 85 zu 73 Stimmen votierten die Delegierten in Brig Ende April **gegen die Mutterschaftsversicherung** und erzürnten mit diesem Entscheid die Mehrheit der Freisinnigen in der Romandie. Viele Westschweizer Parteidelegierte verliessen aus Protest den Saal. Nach den Abstimmungen über die LSVA, die Neat und die Wohneigentumsinitiative war die Partei nun zum vierten Mal innerhalb eines Jahres gespalten. Für Pierre Triponez (BE), Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, war die Vorlage aus Gründen der Finanzierbarkeit nicht akzeptabel. Dagegen bat Ständerätin Lili Nabholz (ZH) um Zustimmung. Die letzte Lücke im schweizerischen Sozialsystem müsse gestopft werden. Alle nichtdeutschsprachigen Kantonssektionen der FDP beschlossen in der Folge die Ja-Parole zur Mutterschaftsversicherung.²

1) Presse vom 11.3.99.

2) NZZ, 10.4.99; Bund, 19.4.99; Presse vom 26.4.99; SGT, 11.6.99.